

# **Mitteilungsblatt Nr. 203**

**Wahlordnung der Hochschule Lausitz (FH)**

**In der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2011  
Geändert durch den Beschluss des Senats vom 05.07.2011**

**Der Präsident  
05.07.2011**

## **Inhaltsübersicht**

### **A Festlegung des Geltungsbereiches**

- § 1 Geltungsbereich

### **B Wahlen zu den Gremien**

#### **I Allgemeine Bestimmungen**

- § 2 Sprachform
- § 3 Wahlverfahren
- § 4 Wahlrecht/Wählbarkeit
- § 5 Bestellung des Wahlvorstandes
- § 6 Wahlvorstand
- § 7 Beschlussverfahren
- § 8 Aufgaben des Wahlvorstandes
- § 9 Feststellung der Personalzahl, Wählerverzeichnis
- § 10 Einspruch gegen das Wählerverzeichnis/Wahlberechtigte
- § 11 Wahlausschreiben
- § 12 Wahlvorschläge, Einreichungsfrist
- § 13 Inhalt der Wahlvorschläge
- § 14 Sonstige Erfordernisse
- § 15 Behandlung der Wahlvorschläge, ungültige Wahlvorschläge
- § 16 Nachfrist zur Einreichung von Wahlvorschlägen
- § 17 Bezeichnung der Wahlvorschläge
- § 18 Bekanntgabe der Wahlvorschläge
- § 19 Sitzungsniederschrift

#### **II Wahlverfahren**

- § 20 Ausübung des Wahlrechts
- § 21 Wahlhandlung
- § 22 Schriftliche Stimmabgabe
- § 23 Behandlung verspätet eingegangener schriftlich abgegebener Stimmen
- § 24 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 25 Wahlprotokoll
- § 26 Benachrichtigung der gewählten Bewerber
- § 27 Bekanntmachung des Wahlergebnisses
- § 28 Aufbewahrung der Wahlunterlagen

#### **III Stimmauszählung**

- § 29 Verhältniswahl, Voraussetzungen für die Verhältniswahl, Stimmzettel, Stimmabgabe
- § 30 Ermittlung der gewählten Gruppenvertreter bei der Verhältniswahl
- § 31 Mehrheitswahl, Voraussetzungen der Mehrheitswahl, Stimmzettel, Stimmabgabe
- § 32 Ermittlung der gewählten Bewerber

#### **IV    Amtszeit**

§ 33    Beginn und Ende der Amtszeit

#### **V    Anfechtungsverfahren**

§ 34    Wahlanfechtung

§ 35    Wiederholung der Wahl

#### **VI    Vertretungsverfahren**

§ 36    Stellvertreter, Nachrücker

#### **C    Wahlverfahren für den Präsidenten**

§ 37    Wahl des Präsidenten

#### **D    Wahlverfahren der Vizepräsidenten**

§ 38    Wahlen der Vizepräsidenten

#### **E    Wahlverfahren der Dekane und Prodekane**

§ 39    Wahl des Dekans

§ 40    Wahl des Prodekans und der Studiendekane

#### **F    Wahlverfahren der Gleichstellungsbeauftragten**

§ 41    Wahl der Gleichstellungsbeauftragten

#### **G    Wahlverfahren der Gremienvorsitzenden und deren Stellvertreter**

§ 42    Wahl der Gremienvorsitzenden und deren Stellvertreter

#### **H    Schlussbestimmungen**

§ 43    Berechnung der Fristen

§ 44    Inkrafttreten/Außerkräfttreten

## **A Festlegung des Geltungsbereiches**

### **§ 1 Geltungsbereich**

Diese Wahlordnung gilt für die Wahlen der Mitglieder der Gremien

- für die Wahl des Präsidenten
- für die Wahl der Vizepräsidenten
- für die Wahlen der Vorsitzenden der Gremien und deren Stellvertreter
- für die Wahlen der Gleichstellungsbeauftragten
- für die Wahlen der Dekane, Prodekane und Studiendekane

## **B Wahlen zu den Gremien**

### **I Allgemeine Bestimmungen**

#### **§ 2 Sprachform**

Soweit in dieser Wahlordnung Bezeichnungen, die für Frauen und Männer gelten, in der männlichen Sprachform verwendet werden, gelten diese Bezeichnungen für Frauen in der weiblichen Form.

#### **§ 3 Wahlverfahren**

Die Vertreter der Mitgliedergruppen im Senat und in den Fakultätsräten werden in freier, gleicher und geheimer Wahl von den jeweiligen Gruppen und in der Regel nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl gewählt.

#### **§ 4 Wahlrecht/Wählbarkeit**

- (1) Das aktive und passive Wahlrecht zu den Gremien der Hochschule folgt aus §§ 58, 60 BbgHG.
- (2) Die Mitglieder eines Gremiums werden für eine bestimmte Amtszeit bestellt (§ 59 Abs. 2, Satz 1 BbgHG) oder gewählt. Näheres regeln das BbgHG und die Grundordnung.
- (3) Es ist anzustreben, dass in allen Gremien mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder Frauen sind.
- (4) Wahlberechtigte dürfen ihr aktives und passives Wahlrecht nur in einer Gruppe und in einer Fakultät ausüben.

- (5) Die Amtszeit eines Senatsmitgliedes endet mit der Wahl zum Dekan/Prodekan, bzw. mit der Wahl zum Präsidenten/Vizepräsidenten. Entsprechendes gilt für das passive Wahlrecht zum Senat.

## **§ 5**

### **Bestellung des Wahlvorstandes**

- (1) Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen bestellt der Präsident einen Wahlvorstand. Diesem gehören an:
- zwei Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer
  - ein Vertreter der Gruppe der Studierenden
  - ein Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiter
  - ein Vertreter der Gruppe der sonstigen Beschäftigten
- (2) Für jedes Mitglied des Wahlvorstandes ist aus der entsprechenden Gruppe ein Ersatzmitglied zu bestellen.
- (3) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

## **§ 6**

### **Wahlvorstand**

- (1) Der Wahlvorstand führt die Wahl zu den Gremien durch. Er kann Wahlberechtigte der Hochschule als Wahlhelfer zu seiner Unterstützung bei den Wahlvorbereitungen, der Stimmabgabe und der Stimmenauszählung bestellen.
- (2) Die Hochschule hat den Wahlvorstand bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen, insbesondere die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (3) Der Wahlvorstand gibt die Namen seiner Mitglieder und Ersatzmitglieder unverzüglich nach seiner Bestellung in der Hochschule im Intranet der Hochschule bis zum Abschluss des Wahlverfahrens bekannt.
- (4) Bewerber dürfen nicht in den Wahlvorstand bestellt werden.

## **§ 7**

### **Beschlussverfahren**

- (1) Der Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist.
- (2) Er fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit; Stimmenenthaltung ist zulässig. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.
- (3) Der Wahlvorstand tagt nicht öffentlich.

## **§ 8**

### **Aufgaben des Wahlvorstandes**

- (1) Der Wahlvorstand hat die Wahl rechtzeitig einzuleiten, zügig durchzuführen und das Wahlergebnis festzustellen.
- (2) Unverzüglich nach Abschluss der Wahl nimmt der Wahlvorstand hochschulöffentlich die Auszählung der Stimmen vor, stellt das Ergebnis in einer Niederschrift fest und gibt es dem Personal der Hochschule an beiden Standorten bekannt. Der Hochschulleitung und den Dekanen ist eine Abschrift der Niederschrift zu übersenden.

## **§ 9**

### **Feststellung der Personalzahl, Wählerverzeichnis**

- (1) Der Wahlvorstand stellt die Zahl der Mitglieder und Angehörigen der Hochschule (Wahlberechtigte gem. §§ 58, 60 Abs. 1 Satz 3 BbgHG) und ihre Verteilung auf die Gruppen fest.
- (2) Der Wahlvorstand stellt ein Verzeichnis der Wahlberechtigten getrennt nach Gruppen auf. Er hat bis zum Abschluss der Stimmabgabe das Wählerverzeichnis auf dem Laufenden zu halten und nach Maßgabe des § 10 Abs. 3 zu berichtigen.
- (3) Das Wählerverzeichnis oder eine Abschrift ist unverzüglich nach Einleitung der Wahl (§ 11 Abs. 5) bis zum Abschluss der Stimmabgabe an beiden Hochschulstandorten an geeigneter Stelle auszulegen.

## **§ 10**

### **Einspruch gegen das Wählerverzeichnis/Wahlberechtigte**

- (1) Jeder kann beim Wahlvorstand schriftlich binnen 10 Arbeitstagen seit Auslegung des Wählerverzeichnisses (§ 9 Abs. 3) Einspruch einlegen.
- (2) Über den Einspruch entscheidet der Wahlvorstand unverzüglich. Die Entscheidung ist dem Wahlberechtigten, der den Einspruch eingelegt hat, unverzüglich, spätestens jedoch einen Arbeitstag vor Beginn der Stimmabgabe schriftlich mitzuteilen. Ist der Einspruch begründet, so hat der Wahlvorstand das Wählerverzeichnis zu berichtigen.
- (3) Nach Ablauf der Einspruchsfrist soll der Wahlvorstand das Wählerverzeichnis nochmals auf seine Vollständigkeit prüfen. Danach ist das Wählerverzeichnis nur bei Schreibfehlern, offenbaren Unrichtigkeiten, zur Erledigung rechtzeitig eingelegter Einsprüche, bei Eintritt oder Austritt eines Wahlberechtigten und bei Änderungen der Gruppenzugehörigkeit bis zum Abschluss der Stimmabgabe zu berichtigen oder zu ergänzen.

## **§ 11**

### **Wahlausschreiben**

- (1) Während der Vorlesungszeit, spätestens jedoch am 49. Kalendertag vor der Stimmabgabe, erlässt der Wahlvorstand ein Wahlausschreiben. Es ist vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu unterschreiben.
- (2) Das Wahlausschreiben muss enthalten:
  - 2.1 Datum und Ort seines Erlasses,
  - 2.2 die Bezeichnung der zu wählenden Gremien,
  - 2.3 die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Senats und der Fakultätsräte getrennt nach Gruppen,
  - 2.4 die Angabe, wo und wann das Wählerverzeichnis und die Wahlordnung zur Einsicht ausliegen,
  - 2.5 den Hinweis, dass nur Wahlberechtigte wählen können, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind,
  - 2.6 den Hinweis des aktiven und passiven Wahlrechts,
  - 2.7 den Hinweis, dass Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis innerhalb von zehn Arbeitstagen schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden können,
  - 2.8 die Aufforderung, Wahlvorschläge innerhalb von achtzehn Kalendertagen nach Erlass des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand einzureichen, der letzte Tag der Einreichungsfrist ist anzugeben,
  - 2.9 den Hinweis, dass nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt und nur gewählt werden kann, wer in einem Wahlvorschlag aufgenommen ist,
  - 2.10 den Ort, an dem die Wahlvorschläge bekanntgegeben werden,
  - 2.11 Zeit und Ort der Stimmabgabe,
  - 2.12 den Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl,
  - 2.13 den Ort und die Zeit der Stimmenauszählung,
  - 2.14 den Ort, an dem Einsprüche, Wahlvorschläge und andere Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand abzugeben sind,
  - 2.15 der Hinweis, dass zur Stimmabgabe ein Ausweis mitzuführen ist.
- (3) Der Wahlvorstand hat Abschriften des Wahlausschreibens vom Tage des Erlasses bis zum Abschluss der Stimmabgabe an mehreren, den Wahlberechtigten zugänglichen Stellen beider Hochschulstandorte auszuhängen und in das Intranet der Hochschule einzustellen.
- (4) Offenbare Unrichtigkeiten des Wahlausschreibens können vom Wahlvorstand jederzeit berichtigt werden.
- (5) Mit dem Arbeitstag, der auf den Erlass des Wahlausschreibens folgt, ist die Wahl eingeleitet.

## **§ 12**

### **Wahlvorschläge, Einreichungsfrist**

- (1) Zur Wahl zu den Gremien müssen die Wahlberechtigten Wahlvorschläge, getrennt nach Gruppen, einreichen.
- (2) Die Wahlvorschläge sind innerhalb von achtzehn Arbeitstagen nach Erlass des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand einzureichen.

## **§ 13**

### **Inhalt der Wahlvorschläge**

- (1) Jeder Wahlvorschlag soll mehr Bewerber enthalten als Gruppenvertreter zu wählen sind.
- (2) Die Namen der Bewerber sind auf dem Wahlvorschlag untereinander aufzuführen und mit fortlaufenden Nummern zu versehen. Außer dem Familiennamen sind der Vorname, die Amts- oder Funktionsbezeichnung und die Gruppenzugehörigkeit zu vermerken.
- (3) Aus dem Wahlvorschlag soll hervorgehen, welcher der Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlages gegenüber dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erläuterungen und Entscheidungen berechtigt ist (Listenvertreter). Fehlt eine Angabe dazu, gilt der Unterzeichner als berechtigt, der an erster Stelle steht.
- (4) Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen werden.
- (5) Ein Wahlvorschlag darf nur geändert werden, wenn die in § 12 Abs. 2 bestimmte Frist noch nicht abgelaufen ist und alle Unterzeichner der Änderung zustimmen.

## **§ 14**

### **Sonstige Erfordernisse**

- (1) Jeder Bewerber kann nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden.
- (2) Die schriftliche Zustimmung der im Wahlvorschlag aufgeführten Bewerber ist im Wahlvorschlag niederzulegen. Die Zustimmung kann nicht widerrufen werden.
- (3) Die Verbindung von Wahlvorschlägen ist unzulässig.



## **§ 15**

### **Behandlung der Wahlvorschläge, ungültige Wahlvorschläge**

- (1) Der Wahlvorstand vermerkt auf den Wahlvorschlägen das Datum und die Uhrzeit des Eingangs. Im Falle des Abs. 4 ist auch der Zeitpunkt des Eingangs des berechtigten Wahlvorschlages zu vermerken.
- (2) Wahlvorschläge, die ungültig sind, weil sie insbesondere nicht fristgerecht eingereicht wurden oder nicht eindeutig sind, gibt der Wahlvorstand unverzüglich unter Angabe der Gründe zurück.
- (3) Der Wahlvorstand hat einen Bewerber, der mit seiner schriftlichen Zustimmung auf mehreren Wahlvorschlägen benannt ist, aufzufordern, innerhalb von drei Arbeitstagen zu erklären, auf welchem Wahlvorschlag er benannt bleiben will. Gibt der Bewerber diese Erklärung nicht fristgerecht ab, wird er von sämtlichen Wahlvorschlägen gestrichen.
- (4) Wahlvorschläge, die
  - 4.1 den Erfordernissen des § 13 Abs. 2 nicht entsprechen,
  - 4.2 ohne die schriftliche Zustimmung der Bewerber eingereicht sind,
  - 4.3 Bewerber enthalten, die nicht wählbar sind,

hat der Wahlvorstand mit der Aufforderung zurückzugeben, die Mängel innerhalb einer Frist von drei Arbeitstagen zu beseitigen. Werden die Mängel nicht fristgerecht beseitigt, so sind diese Wahlvorschläge ungültig, es sei denn, dass der Mangel nur einzelne Bewerber betrifft. Diese Bewerber werden gestrichen.

## **§ 16**

### **Nachfrist zur Einreichung von Wahlvorschlägen**

Sind nach Ablauf der in § 12 Abs. 2 genannten Frist nicht für jede Gruppe ein gültiger Wahlvorschlag bzw. nicht ausreichend Wahlvorschläge eingegangen, so gibt der Wahlvorstand dies sofort durch Aushang bekannt. Gleichzeitig fordert er unter Hinweis auf § 59 Abs. 1, Satz 1 BbgHG zur Einreichung von Wahlvorschlägen innerhalb einer Nachfrist von fünf Arbeitstagen auf.

## **§ 17**

### **Bezeichnung der Wahlvorschläge**

Der Wahlvorstand versieht die Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern. Die angegebenen Ordnungsnummern bestimmen die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln der Gruppen. Wahlvorschläge, die vor Beginn der Einreichungsfrist (§ 12 Abs. 2) beim Wahlvorstand eingehen, gelten als mit Beginn dieser Frist eingegangen. Ist ein Wahlvorschlag berichtigt worden, so ist der Zeitpunkt des berechtigten Wahlvorschlages maßgebend. Sind mehrere Wahlvorschläge einer Gruppe gleichzeitig

eingegangen, so entscheidet das Los über die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln.

## **§ 18**

### **Bekanntgabe der Wahlvorschläge**

Unverzüglich nach Ablauf der in § 12 Abs. 2 genannten Frist, spätestens jedoch fünf Arbeitstage von Beginn der Stimmabgabe, gibt der Wahlvorstand die als gültig anerkannten Wahlvorschläge durch Aushang und im Intranet der Hochschule bis zum Abschluss der Stimmabgabe bekannt. Dabei soll auch angegeben werden, wie viele Stimmen jeder Wahlberechtigte hat. Die Stimmzettel sollen zu diesem Zeitpunkt vorliegen.

## **§ 19**

### **Sitzungsniederschrift**

Der Wahlvorstand fertigt über den Inhalt jeder Sitzung eine Niederschrift, in der über Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis (§ 10), über die Zulassung von Wahlvorschlägen (§ 15) und über die Gewährung von Nachfristen entschieden wird. Sie sind vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu unterzeichnen.

## **II Wahlverfahren**

### **§ 20**

#### **Ausübung des Wahlrechts**

- (1) Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Das Wahlrecht wird durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt.
- (3) Ist nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen, so kann die Stimme nur für den gesamten Wahlvorschlag (Vorschlagsliste) abgegeben werden. Der Wahlberechtigte kann innerhalb der von ihm gewählten Liste einen oder mehrere Bewerber ankreuzen. Die Gesamtzahl der hierbei abgegebenen Stimmen darf die Zahl der für die Gruppe zu vergebenden Sitze nicht übersteigen.
- (4) Ist nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen, so wird die Stimme für die zu wählenden einzelnen Bewerber abgegeben.
- (5) Ungültig sind Stimmzettel
  - 5.1 die nicht vom Wahlvorstand ausgegeben worden sind,
  - 5.2 aus denen sich der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
  - 5.3 die ein besonderes Merkmal, einen Zusatz oder einen Vorbehalt enthalten.

- (6) Hat der Wahlberechtigte einen Stimmzettel verschrieben oder versehentlich unbrauchbar gemacht, so ist ihm auf Verlangen gegen Rückgabe des unbrauchbaren Stimmzettels ein neuer Stimmzettel auszuhändigen. Der zurückgegebene Stimmzettel ist zu vernichten.
- (7) Kumulieren und panaschieren der Stimmen ist nicht möglich.

## **§ 21 Wahlhandlung**

- (1) Der Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, dass der Wahlberechtigte den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen kann. Vor Beginn der Stimmabgabe hat der Wahlvorstand festzustellen, dass die Wahlurne leer ist und er hat sie zu verschließen. Sie muss so eingerichtet sein, dass die eingeworfenen Stimmzettel nicht vor Öffnen der Urne entnommen werden können. Die Wahlhandlung ist hochschulöffentlich.
- (2) Solange der Wahlraum geöffnet ist, müssen mindestens zwei Wahlhelfer ständig im Wahlraum anwesend sein.
- (3) Vor der Aushändigung des Stimmzettels ist festzustellen, ob der Wahlberechtigte im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Die Teilnahme an der Wahl ist im Wählerverzeichnis zu vermerken. Auf Verlangen hat der Wahlberechtigte sich auszuweisen.
- (4) Ein Wähler, der durch ein körperliches Gebrechen an der Stimmabgabe gehindert ist, bestimmt eine Person seines Vertrauens, der er sich bei der Stimmabgabe bedienen kann, und gibt dies dem Wahlvorstand schriftlich bekannt. Mitglieder des Wahlvorstandes können nicht zu Personen des Vertrauens bestimmt werden.
- (5) Nach Ablauf der für die Durchführung der Wahlhandlung festgesetzten Zeit dürfen nur noch diejenigen Wahlberechtigten abstimmen, die sich zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum befinden. Sodann erklärt der Wahlvorstand die Wahlhandlung für beendet.

## **§ 22 Schriftliche Stimmabgabe**

- (1) Einem Wahlberechtigten, der zum Zeitpunkt der Wahl verhindert ist, seine Stimme persönlich abzugeben, übergibt oder versendet der Wahlvorstand auf Verlangen den Stimmzettel, einen Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumschlag, der mit der Anschrift des Wahlvorstandes und als Absender den Namen und die Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „schriftliche Stimmabgabe“ trägt; wenn der Wahlberechtigte es beantragt, fügt der Wahlvorstand auch eine Abschrift des Wahlausschreibens bei. Außerdem ist dem Wahlberechtigten eine vorgedruckte, von ihm abzugebende Erklärung, dass der Stimmzettel von ihm persönlich gekennzeichnet wurde, auszuhändigen oder zu übersenden; ist nach § 21 Abs. 4 eine Person des Vertrauens bestimmt, kann diese die Erklärung unterzeichnen.

- (2) Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, dass
- 2.1 der persönlich gekennzeichnete Stimmzettel unbeobachtet in den Wahlumschlag gelegt wird,
  - 2.2 die vorgedruckte Erklärung unter Angabe des Ortes und des Datums unterschrieben und
  - 2.3 der Wahlumschlag, in den der Stimmzettel gelegt ist, und die unterschriebene Erklärung (Abs. 1) in dem Freiumschlag verschlossen und so rechtzeitig an den Wahlvorstand abgesandt oder übergeben wird, dass er diesem vor Abschluss der Stimmabgabe vorliegt. Unter den Voraussetzungen des § 21 Abs. 4 kann sich ein Wahlberechtigter der Unterstützung einer Person des Vertrauens bedienen.

### **§ 23**

#### **Behandlung verspätet eingegangener schriftlich abgegebener Stimmen**

Verspätet eingegangene Briefumschläge hat der Wahlvorstand mit einem Vermerk über den Zeitpunkt des Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen. Die Briefumschläge sind einen Monat nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses ungeöffnet zu vernichten, wenn die Wahl nicht angefochten worden ist.

### **§ 24**

#### **Feststellung des Wahlergebnisses**

- (1) Unverzüglich nach Abschluss der Wahl nimmt der Wahlvorstand hochschulöffentlich die Auszählung der Stimmen vor und stellt das Wahlergebnis fest.
- (2) Nach Öffnung der Wahlurnen vergleicht der Wahlvorstand die Zahl der in der Urne enthaltenen Stimmzettel und Wahlumschläge (Briefwahl) mit der Zahl der nach dem Verzeichnis der Wahlberechtigten abgegebenen Stimmen und prüft die Gültigkeit der Stimmzettel.
- (3) Der Wahlvorstand zählt
  - 3.1 im Falle der Verhältniswahl die auf jede Vorschlagsliste,
  - 3.2 im Falle der Personalwahl die auf jeden einzelnen Bewerber entfallenden gültigen Stimmen zusammen.
- (4) Stimmzettel, deren Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlvorstand beschließt, weil sie zu Zweifeln Anlass geben, sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.

## **§ 25**

### **Wahlniederschrift**

- (1) Über das Wahlergebnis fertigt der Wahlvorstand eine Niederschrift, die vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu unterzeichnen ist.
- (2) Die Niederschrift muss enthalten:
  - 2.1 die Summe der von jeder Gruppe abgegebenen Stimmen,
  - 2.2 die Summe der von jeder Gruppe abgegebenen gültigen Stimmen,
  - 2.3 die Zahl der ungültigen Stimmen getrennt nach Gruppen,
  - 2.4 im Fall der Verhältniswahl, die Zahl der auf sämtliche Bewerber einer jeden Vorschlagsliste sowie die auf die einzelnen Bewerber innerhalb einer Vorschlagsliste entfallenden gültigen Stimmen, die Errechnung der Höchstzahlen und die Verteilung auf die Vorschlagslisten, im Falle der Personenwahl, die Zahl der auf jeden Bewerber entfallenden gültigen Stimmen,
  - 2.5 die Namen der gewählten Bewerber,
  - 2.6 die Reihenfolge der Ersatzmitglieder.
- (3) Besondere Vorkommnisse bei der Wahlhandlung oder der Feststellung des Wahlergebnisses sind in der Niederschrift zu vermerken.
- (4) Der Hochschulleitung und den Dekanen übersendet der Wahlvorstand eine Abschrift.

## **§ 26**

### **Benachrichtigung der gewählten Bewerber**

Der Wahlvorstand benachrichtigt unverzüglich die als Gremienmitglieder Gewählten von ihrer Wahl.

## **§ 27**

### **Bekanntmachung des Wahlergebnisses**

- (1) Der Wahlvorstand gibt die Namen der als Gremienmitglieder gewählten Bewerber durch zweiwöchigen Aushang bekannt. § 11 Abs. 3 HS.2 gilt entsprechend.
- (2) Die öffentliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses muss enthalten:
  - 2.1 die Zahl der Wahlberechtigten,
  - 2.2 die Zahl der Wähler,
  - 2.3 die Zahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
  - 2.4 die Verteilung der Stimmen auf die Vorschlagslisten oder auf die Bewerber und
  - 2.5 die Namen und die Reihenfolge der als Gremienmitglieder gewählten Bewerber und der Ersatzmitglieder.

## **§ 28**

### **Aufbewahrung der Wahlunterlagen**

Die Wahlunterlagen sind bis zum Abschluss der nächsten Gremienwahlen aufzubewahren und sollen dann vernichtet werden.

## **III Stimmauszählung**

### **§ 29**

#### **Verhältniswahl**

#### **Voraussetzungen für die Verhältniswahl, Stimmzettel, Stimmabgabe**

- (1) Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (Listenwahl) ist zu wählen, wenn für die betreffende Gruppe mehrere gültige Wahlvorschläge eingegangen sind. In diesem Fall kann der Wahlberechtigte seine Stimme nur für den gesamten Wahlvorschlag (Vorschlagsliste) abgeben. Der Wahlberechtigte kann innerhalb einer Liste einen oder mehrere Bewerber ankreuzen. Die Anzahl der hierbei abgegebenen Stimmen darf die Zahl der für die Gruppe zu vergebenden Stimmen nicht übersteigen.
- (2) Auf den Stimmzetteln sind die Vorschlagslisten in der Reihenfolge ihrer Ordnungsnummern unter Beibehaltung der benannten Reihenfolge der Bewerber untereinander aufzuführen.

### **§ 30**

#### **Ermittlung der gewählten Gruppenvertreter bei der Verhältniswahl**

- (1) Bei der Gruppenwahl werden die Stimmen der auf die einzelnen Vorschlagslisten jeder Gruppe entfallenden Stimmen nebeneinandergestellt und der Reihe nach durch die Zahlen 1, 2, 3 usw. geteilt. Auf die jeweils höchste Teilzahl (Höchstzahl) wird so lange ein Sitz zugeteilt, bis alle der Gruppe zustehenden Sitze verteilt sind. Ist bei gleicher Höchstzahl nur noch ein Sitz oder sind bei drei gleichen Höchstzahlen nur noch zwei Sitze zu verteilen, so entscheidet das Los.
- (2) Enthält eine Vorschlagsliste weniger Bewerber als ihr nach den Höchstzahlen Sitze zustehen würden, so fallen die überschüssigen Sitze den übrigen Vorschlagslisten in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.
- (3) Innerhalb der Vorschlagslisten werden die Sitze auf die Bewerber in der Reihenfolge der Häufigkeit ihrer Benennung (§ 29 Abs. 1 Satz 3) verteilt. Bei gleicher Zahl der Benennung entscheidet das Los.

### **§ 31**

#### **Mehrheitswahl**

### **Voraussetzungen der Mehrheitswahl, Stimmzettel, Stimmabgabe**

- (1) Nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Personenwahl) ist zu wählen, wenn für die betreffenden Gruppen nur gültige Einzelvorschläge oder nur eine gültige Vorschlagsliste und keine weiteren Vorschläge eingegangen sind, bzw. bei der Gruppenwahl nur ein Vertreter zu wählen ist (§ 60 Abs. 1 BbgHG).
- (2) Auf den Stimmzetteln sind die Bewerber in der Reihenfolge ihrer Ordnungsnummern untereinander aufzuführen. Die Vorschlagsliste ist unter Beibehaltung der Reihenfolge der benannten Bewerber aufzuführen.
- (3) Der Wahlberechtigte kreuzt auf dem Stimmzettel die Namen der Bewerber an, für die er seine Stimme abgeben will. Er darf nicht mehr Namen ankreuzen, als für die betreffende Gruppe Vertreter zu wählen sind.

### **§ 32**

#### **Ermittlung der gewählten Bewerber**

- (1) Die Bewerber sind in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenden Stimmenzahl gewählt.
- (2) Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los.

## **IV Amtszeit**

### **§ 33**

#### **Beginn und Ende der Amtszeit**

- (1) Die Amtszeit der neu gewählten Gremienmitglieder beginnt mit der konstituierenden Sitzung (§ 42 Abs. 1). Gleichzeitig endet die Amtszeit von deren Vorgängern.
- (2) Im Falle einer Nachwahl beginnt die Amtszeit der neu gewählten Gremienmitglieder sobald das jeweilige Gremium nach Feststellung des Ergebnisses der Nachwahl das erste Mal zusammentritt. Die Amtszeit der neu gewählten Mitglieder endet mit der Beendigung der Amtszeit der übrigen Mitglieder des jeweiligen Gremiums.
- (3) Im Falle einer Neuwahl nach Auflösung eines Gremiums gilt Abs. 1 analog. Ihre Amtszeit endet zu dem selben Zeitpunkt, an dem die Amtszeit des aufgelösten Gremiums geendet hätte, es sei denn, dass die Neuwahl erst nach 18 Monaten nach Beginn der regelmäßigen Amtszeit des aufgelösten

Gremiums stattfindet; in diesem Fall endet die Amtszeit zu dem Zeitpunkt, an dem die Amtszeit eines bei der nächsten verbundenen Wahl gewählten Gremiums enden würde.

- (4) Die Amtszeit der Mitglieder, die als Ersatzmitglieder nachrücken, beginnt mit der Feststellung des Nachrückens. Ihre Amtszeit endet mit der Beendigung der Amtszeit der übrigen Mitglieder des Gremiums.

## **V Anfechtungsverfahren**

### **§ 34 Wahlanfechtung**

- (1) Die Wahl ist anfechtbar, wenn gegen wesentliche Vorschriften über das Wahlrecht, die Wahlart, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren verstoßen wurde.  
Die Wahl bleibt gültig, wenn der Verstoß das Wahlergebnis nicht geändert oder beeinflusst haben kann.
- (2) Anfechtungsbefugt ist der Wähler, der geltend macht in eigenen Rechten verletzt zu sein. Die Anfechtung hat innerhalb einer Frist von zehn Arbeitstagen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses beim Wahlvorstand zu erfolgen.
- (3) Bis zur Entscheidung nimmt das gewählte Gremium die Aufgaben und Befugnisse nach dem BbgHG wahr, es sei denn, dass der Wahlvorstand auf Antrag der die Wahl Anfechtenden einstweilig eine andere Regelung trifft. Satz 1 gilt bei Anfechtung der Wahl einer Gruppe entsprechend. Im Falle des Abs. 3 Satz 1 erster Halbsatz bleiben bis zur Entscheidung des Wahlvorstandes die von den neu gewählten Gremien gefassten Beschlüsse wirksam.
- (4) Abs. 3 gilt entsprechend für gerichtliche Entscheidungen.  
Im Falle des Abs. 3 Satz 1 erster Halbsatz bleiben die gefassten Beschlüsse bis zur Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung wirksam.

### **§ 35 Wiederholung der Wahl**

Erklärt der Wahlvorstand die Wahl oder Teile der Wahl für ungültig, so findet innerhalb einer vom Wahlvorstand festzulegenden Frist die Wiederholung der Wahl bzw. deren angefochtener Teile statt.



## **VI Vertretungsverfahren**

### **§ 36**

#### **Stellvertreter, Nachrücker**

- (1) Ist ein Gremienmitglied verhindert an einer Sitzung teilzunehmen, so wird es durch den ranghöchsten nichtgewählten Bewerber der Liste vertreten, dem das zu vertretende Gremienmitglied angehört.
- (2) Scheidet ein Mitglied aus einem Gremium aus, so tritt an dessen Stelle der ranghöchste nichtgewählte Bewerber der Liste, dem das ausscheidende Gremienmitglied angehört. Ist diese Liste erschöpft, so fällt dieser Sitz den übrigen Vorschlagslisten in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.
- (3) Bei der Mehrheitswahl gilt Entsprechendes.
- (4) Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los über die Rangfolge.

## **C Wahlverfahren für den Präsidenten**

### **§ 37**

#### **Wahl des Präsidenten**

- (1) Der Präsident wird vom Senat der Hochschule für die Dauer von 6 Jahren gewählt und von dem für die Hochschule zuständigen Mitglied der Landesregierung bestellt. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Zum Präsidenten kann gewählt werden, wer die in § 63 Abs. 3 BbgHG genannten Voraussetzungen erfüllt. Dabei ist auf Hochschulerfahrung, hohe Reputation und Leitungserfahrung Wert zu legen.
- (3) Die Ausschreibung zur Wahl des Präsidenten soll spätestens 6 Monate vor Ablauf der Amtszeit des Präsidenten erfolgen.
- (4) Die Bewerbungsfrist muss mindestens 4 Wochen betragen. Die Bewerbung muss schriftlich erfolgen.
- (5) Der Landeshochschulrat schlägt im Benehmen mit dem Senat die Kandidaten zur Wahl des Präsidenten vor.
- (6) Die vorgeschlagenen Kandidaten werden vom Vorsitzenden des Senats schriftlich zu hochschulöffentlichen Präsentation und zu einem Diskurs mit den Mitgliedern des Senats eingeladen.

- (7) Unverzüglich nach Ablauf der Präsentation und des Diskurses wählt der Senat die Person des Präsidenten.
- (8) Der Präsident wird von den stimmberechtigten Mitgliedern des Senats mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder gewählt. Kommt im ersten Wahlgang die Stimmenmehrheit nicht zustande, so reicht im zweiten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder. Kommt hiernach eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so genügt im dritten Wahlgang für die Entscheidung die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder. Bei Stimmengleichheit im dritten Wahlgang erfolgt nach einer Frist von 14 Tagen die Wiederholung des Wahlverfahrens.
- (9) Der Vorsitzende des Senats leitet die Wahl. Er übergibt das Wahlergebnis und die Bewerbungsunterlagen des gewählten Kandidaten dem für die Hochschule zuständigen Mitglied der Landesregierung.

## **D Wahlverfahren der Vizepräsidenten**

### **§ 38**

#### **Wahlen der Vizepräsidenten**

- (1) Dem Präsidialkollegium gehören in der Regel zwei Vizepräsidenten an.
- (2) Die Amtszeit der Vizepräsidenten beträgt 3 Jahre. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Die Vizepräsidenten werden vom Präsidenten aus dem Kreis der Mitglieder der Hochschule bestimmt. Der Senat nimmt Stellung zum Vorschlag des Präsidenten. Zum Vizepräsidenten kann bestimmt werden, wer die in § 63 Abs. 3 BbgHG Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt.
- (4) Der Präsident legt die Aufgabenbereiche der Vizepräsidenten fest.
- (5) Der Präsident wird in akademischen Angelegenheiten von einem Vizepräsidenten vertreten. Der Präsident regelt die wechselseitige Stellvertretung der Vizepräsidenten.
- (6) Im Fall des § 9 Abs. 5 der Grundordnung führen die Vizepräsidenten die Bezeichnung Prorektoren.

## **E Wahlverfahren der Dekane und Prodekane**

### **§ 39 Wahl des Dekans**

- (1) Der Dekan wird auf Vorschlag des Präsidenten vom Fakultätsrat aus dem Kreis der der Fakultät angehörenden Hochschullehrer für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Die Wahl des Dekans bedarf außer der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Fakultätsrats auch der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörigen Hochschullehrer. Kommt hiernach eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so genügt für die Entscheidung in einem dritten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Der Dekan kann abgewählt werden. Die Abwahl kann nur dadurch erfolgen, dass der Fakultätsrat auf der Grundlage eines Wahlvorschlags des Präsidenten einen Nachfolger wählt. Die Abwahl bedarf außer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Fakultätsrates auch der Zweidrittelmehrheit der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer. Vor der Einleitung des Abwahlverfahrens sind dem Präsidenten schriftlich die Gründe des Abwahlbehrens mitzuteilen und dem Dekan die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (3) Im Falle der Abwahl des Dekans ist unverzüglich die Wahl eines neuen Dekans gemäß Abs. 1 durchzuführen.

### **§ 40 Wahl des Prodekans und der Studiendekane**

- (1) Der Prodekan und die Studiendekane werden auf Vorschlag des Dekans aus dem Kreis der der Fakultät angehörigen Hochschullehrer für die Dauer von 2 Jahren gewählt. Jede Fachrichtung stellt einen Studiendekan. Die Wahl des Prodekans und der Studiendekane bedürfen außer der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Fakultätsrates auch der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörenden Hochschullehrer. Kommt hiernach eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so genügt für die Entscheidung in einem dritten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der dem Fakultätsrat angehörigen Hochschullehrer. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Für die Abwahl des Prodekans und der Studiendekane gilt § 39 Abs. 2 und 3 entsprechend.

## **F Wahlverfahren der Gleichstellungsbeauftragten**

### **§ 41**

#### **Wahl der Gleichstellungsbeauftragten**

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertreterin werden von den Mitgliedern und Angehörigen der Hochschule für die Dauer von 4 Jahren gewählt und vom Präsidenten der Hochschule bestellt.
- (2) Die Ausschreibung zur Wahl der Gleichstellungsbeauftragten soll spätestens 3 Monate vor Ablauf der Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten erfolgen.
- (3) Die Bewerbungsfrist beträgt 2 Wochen. Die Bewerbung muss schriftlich erfolgen.
- (4) Die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten erfolgt als Persönlichkeitswahl. Jeder Wähler hat eine Stimme. Gewählt ist die Bewerberin, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Stellvertreterinnen sind die Bewerberinnen in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.
- (5) Die dezentrale Gleichstellungsbeauftragte wird analog den Absätzen 1 bis 4 von den Mitgliedern und Angehörigen der Fakultäten und Zentralen Einrichtungen für die Dauer von 2 Jahren gewählt und vom Präsidenten bestellt.

## **G Wahlverfahren der Gremienvorsitzenden und deren Stellvertreter**

### **§ 42**

#### **Wahl der Gremienvorsitzenden und deren Stellvertreter**

- (1) Unmittelbar nach Ablauf der Wahlanfechtungsfrist (§ 34 Abs. 1) lädt der Wahlleiter unter Hinweis auf die Tagesordnung die neu gewählten Gremienmitglieder zu einer konstituierenden Sitzung und zur Wahl der Gremienvorsitzenden und deren Stellvertreter.
- (2) Scheidet ein Gremienvorsitzender oder dessen Stellvertreter vor Ablauf seiner Amtszeit aus dem Amt aus, findet Absatz 1 entsprechend Anwendung.
- (3) Bei Verhinderung des Wahlleiters werden die Handlungen durch dessen Stellvertreter vorgenommen.

- (4) Die Gremienvorsitzenden und deren Stellvertreter werden analog § 39 Abs. 1 Satz 2 und 3 in getrennten Wahlgängen gewählt. §§ 24 bis 28 und 34 finden entsprechend Anwendung.
- (5) Die Gremienvorsitzenden und deren Stellvertreter treten ihre Ämter unmittelbar nach der Wahl an.
- (6) Der Wahlleiter leitet die Wahl der Dekane, Prodekane und Studiendekane.

## **H Schlussbestimmungen**

### **§ 43**

#### **Berechnung der Fristen**

Für die Berechnung der Fristen finden die §§ 186 bis 193 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend Anwendung. Arbeitstage im Sinne dieser Wahlordnung sind die Wochentage Montag bis Freitag mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage.

### **§ 44**

#### **Inkrafttreten/Außerkrafttreten**

Die Wahlordnung wurde durch den Senat der Hochschule am 08.02.2011 verabschiedet und tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft, gleichzeitig tritt die Wahlordnung der Hochschule in der Fassung vom 29.11.2006 (Mitteilungsblatt Nr. 134) außer Kraft.